

# «Die Schweiz sollte die Hamas nicht als Terrororganisation bezeichnen»

Erich Gysling, 84, war Chefredaktor des Schweizer Fernsehens und beobachtet den Nahen Osten seit Jahrzehnten. Er sieht zwei Hauptprobleme auf dem Weg zu einem stabilen Frieden.

Samuel Schumacher

*Am Freitag beschlossen Israel und die Hamas einen Waffenstillstand. Trauen Sie der Ruhe?*

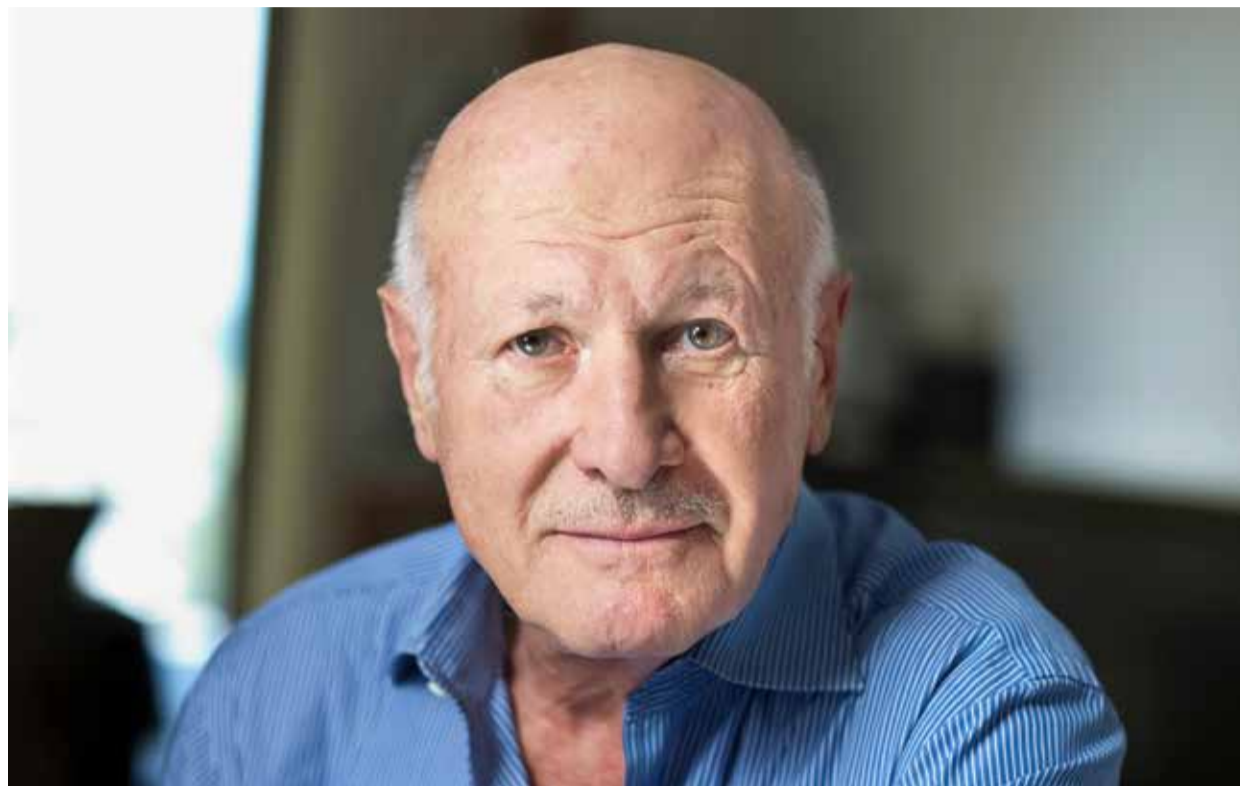
**Erich Gysling:** Kurzfristig schon, aber mittelfristig werden sich die Spannungen neu aufbauen und irgendwann kommt die nächste Explosion. Gelöst ist null und gar nichts. Die Probleme, die die Eskalation verursacht haben, bleiben bestehen. Israel sagt, das Ziel der Angriffe auf Gaza sei es gewesen, dass die Hamas keine Raketen mehr bauen könne. Das ist nicht gelungen.

*Was muss sich ändern, damit ein stabiler Frieden entstehen kann?*

**Gysling:** Die Enteignungen von palästinensischen Hausbesitzern in Ostjerusalem müssen aufhören. Die jüngste Eskalation wurde unter anderem dadurch ausgelöst, dass jüdische Siedler palästinensische Familien aus ihren Häusern im Jerusalemer Quartier Sheikh Jarrah werfen lassen wollten. Gestoppt werden muss zudem der völkerrechtswidrige Ausbau der jüdischen Siedlungen im palästinensischen Westjordanland. Ganz zu schweigen von der katastrophalen Situation im Gazastreifen: Die zwei Millionen Menschen da leben in einem von Israel und Ägypten kontrollierten Gefängnis. Ohne Lösung für diese Grundprobleme ist ein Frieden im Nahen Osten nicht tragfähig.

*Wie realistisch ist es, dass die Israelis und die Palästinenser die Zweistaatenlösung je realisieren?*

**Gysling:** Leider nicht sehr realistisch. Trotzdem ist die Zweistaatenlösung – also die Idee, dass es nebst einem jüdischen Staat Israel auch einen eigenen Staat für die Palästinenser geben soll – die einzige Formel mit Zukunft. Niemand hat bislang eine Alternative dazu aufzeigen können.



Nahostexperte Erich Gysling erklärt, wieso die Region mittelfristig kaum zur Ruhe kommen wird.

BILD KEY

*Unter Palästinensern ist die Ernüchterung so gross, dass sie sagen: Wir nähmen auch eine Lösung ohne eigenen Staat, wenn nur endlich die Schikanen aufhören.*

**Gysling:** Israel wird eine solche Einstaatenlösung, in der die Palästinenser dieselben Rechte hätten wie die Israeli, niemals akzeptieren.

*Das heisst im Klartext: Der Nahostkonflikt wird ewig andauern?*

**Gysling:** Es wird weitere Flickwerke geben. In den nächsten zehn Jahren aber wird der Konflikt nicht gelöst, genauso wenig wie etwa das Kurdenproblem. Auch die Kurden kämpfen ja vergeblich um einen eigenen

## Waffenruhe weckt Hoffnung

Nach Beginn der Waffenruhe im Gaza-Konflikt dringt die internationale Politik auf eine dauerhafte Friedenslösung. US-Präsident Joe Biden sagte, die Waffenruhe biete eine wirkliche Chance, Fortschritte hin zu einem dauerhaften Frieden zu machen. Die Europäische Union bot Unterstützung für einen substanziellen politischen Dialog an. «Die Wiederherstellung eines politischen Horizonts für eine Zwei-Staaten-Lösung bleibt von grösster Bedeutung», erklärte ihr Aussenbeauftragter Josep Borrell. Die Waffenruhe gilt seit dem frühen Freitagmorgen, Verstösse gab es bis zum Nachmittag nicht. Unter Vermittlung Ägyptens hatten sich Israel und die im Gazastreifen herrschende Hamas nach elf Tagen militärischen Schlagabtausch auf die Waffenruhe verständigt. (sda)

Staat. Wir im Westen glauben, Probleme seien da, um gelöst zu werden. Es gibt aber ganz viele Regionen auf der Welt, in denen die Menschen gelernt haben, sich einfach mit der Situation abzufinden. Der andauernde Nahostkonflikt ist längst zur Normalität geworden. Das ist das Furchtbare daran.

*Zyniker behaupten, der Konflikt werde von den Führungsriege beider Seiten genährt, weil er ihnen den Verbleib an der Macht garantiert.*

**Gysling:** Das ist leider nicht völlig falsch. Die Popularität von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu ist in den vergangenen Tagen gestiegen. Ihm kam die Eskalation wohl gar nicht so ungelegen. Vor allem am rechten Rand und bei den Siedlerverbänden konnte Netanjahu mit seinem harschen Vorgehen gegen die Hamas punkten. Auch Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas hat von der Situation profitiert. Er liess die für Samstag angesetzten Wahlen mit Verweis auf die angespannte Lage in Jerusalem vor drei Wochen verschieben und hat so zur Eskalation beigetragen.

*Die Schweiz hat die Hamas noch immer nicht auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt. Die israelische Botschaft in Bern fordert, dass sie das umgehend tut. Haben sie recht?*

**Gysling:** Nein, die Schweiz sollte die Hamas nicht als Terrororganisation bezeichnen, genau wie ja auch Deutschland das nicht tut. Die Schweiz und Deutschland sollen den Gesprächsfaden zur Hamas aufrecht erhalten. In Zukunft wird man um die Hamas nicht mehr herumkommen. In Gaza regiert sie seit 2007. Und wenn die Wahlen morgen im Westjordanland stattgefunden hätten, dann hätte die Hamas auch da die Fatah von der Macht verdrängt. Man muss mit ihnen im Gespräch bleiben. Sie als Terroristen zu bezeichnen, hilft niemandem.

## Abstimmungsempfehlungen der SN-Redaktion

### Der Radikalisierung Einhalt gebieten

Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht. Das PMT-Gesetz ergänzt die Terrorabwehr der Schweiz und kann für junge Menschen auch eine Chance sein. Allerdings wird die Aufsicht über den Nachrichtendienst noch wachsamer als heute sein müssen.

Reto Zanettin

Gegner sehen mit dem PMT-Gesetz den Polizeistaat heranziehen. Damit rücken sie die Schweiz in die Nähe von Staaten wie der DDR oder Nordkorea. Dieser Vergleich ist abwegig. Dass die politische Kultur in der Schweiz eine grundsätzlich andere ist, haben die Coronaproteste in Liestal, Rapperswil und Schaffhausen gezeigt. Die Kundgebungen waren teilweise nicht bewilligt, die Teilnehmer versammelten sich zu Hunderten oder Tausenden, hielten keinen Abstand untereinander und trugen keine Masken. Die Polizei hielt sich weitgehend zurück, obwohl elementare Regeln verletzt wurden.

Im Unterschied zur Befürchtung, die Schweiz würde zum Polizeistaat, ist die terroristische Bedrohung hierzulande real. Erinnert sei an die drei Iraker, die 2014 in Beringen festgenommen und 2016 vom Bundesstrafgericht wegen Unterstützung der Terrororganisation IS verurteilt wurden. Weniger lange zurück liegt die Messerattacke von Lugano. Eine Frau, die einem Dschihad-Kämpfer nahestand, griff im vergangenen Herbst zwei Personen in einem Einkaufszentrum an. Von derartigen Ereignissen ist die Sicherheit und damit auch die Freiheit der Schweizer Bevölkerung bedroht.



#### Ergänzung

Das PMT-Gesetz stärkt die bestehende Terrorabwehr.

#### Jugendliche

Für junge Menschen ist das Gesetz eine Chance, in ein geordnetes Leben zurückzufinden.



#### Nachrichtendienst

Er erhält zusätzliche Kompetenzen, weswegen die Aufsicht über ihn noch wichtiger wird.

Das Antiterrorgesetz greift erst, wenn die Integrations- und Präventionsarbeit der Kantone an Grenzen stösst. Es ist komplementär und subsidiär. Als schärfste Massnahme sieht es einen Hausarrest vor. Ein Zwangsmassnahmengericht muss ihn anordnen. Möglich bleibt, dass die Person weiterhin zur Arbeit oder zur Schule geht, einen Arzt aufsucht und an Gottesdiensten teilnimmt. Die Freiheit darf, so will es das Gesetz, nicht stärker als zwingend notwendig beschnitten werden.

#### Bekannter Terrorismus-Begriff

Kritiker wenden ein, der Terrorismus-Begriff sei schwammig, was staatlicher Willkür Tür und Tor öffne. Mitunter kämen Klimaaktivisten auf den Radar der Behörden. Dieses Argument kommt reichlich spät. Die Definition von Terrorismus wurde aus dem Nachrichtendienstgesetz übernommen. Zwei Drittel der Stimmenten haben vor bald fünf Jahren Ja zu diesem Gesetz gesagt. Als terroristische Aktivität gilt seither, was Furcht und Schrecken verbreitet oder als schwere Straftat einzustufen ist. Demgegenüber hat sich der Klimastreik mit einem Kodex selbst zu friedlichen Aktionen verpflichtet.

Es trifft zwar zu: Jugendliche können vom PMT-Gesetz erfasst werden,

wenn sie sich radikalieren. Darin liegt für die Betroffenen aber eine Chance. Gelingt es, sie in Gesprächen oder mit einem Kontaktverbot von ihrem Weg in Richtung Terrorismus abzubringen, gewinnen sie ihre Zukunft zurück. Würden sie sich weiter radikalieren und letztlich strafbar machen, hätte dies harte Konsequenzen für sie – welcher Arbeitgeber würde jemanden einstellen, der die innere Sicherheit der Schweiz angegriffen hat?

Die SN empfehlen, das PMT-Gesetz anzunehmen. Dies jedoch unter einem Vorbehalt. Der Nachrichtendienst wird bei einem Ja zusätzliche Kompetenzen erhalten und in eine neue Rolle schlüpfen. Er wird nicht mehr nur Informationen beschaffen, sondern auch Massnahmen gegen Einzelpersonen beim Fedpol beantragen können. Damit muss die Aufsicht über den Nachrichtendienst Schritt halten. Gefragt sein werden die zehn Mitarbeiter der unabhängigen Aufsichtsbehörde. Ein wachsames Auge auf den Nachrichtendienst haben sollte ebenfalls die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments. Sie alle haben Zugang zu sämtlichen Informationen des Nachrichtendienstes. Dieses Recht verpflichtet, Fehlentwicklungen auf den Grund zu gehen.

### Bewährte Finanzhilfen weiterführen

Reto Zanettin

Vor gut einem Jahr zeichnete Bundesrat Guy Parmelin ein düsteres Bild für die Schweizer Wirtschaft. Die Arbeitslosenquote könne bis auf sieben Prozent ansteigen. Heute beträgt sie 3,3 Prozent. Ebenso blieb die Schweizer Wirtschaft von strukturellen Schäden verschont. Selbst Branchen wie die Gastronomie haben bisher insgesamt überlebt.

Dazu beigetragen haben die Finanzhilfen, die der Bund und die Kantone gesprochen haben. Nachdem die Massnahmen zunächst per Notrecht eingeführt wurden, hat sie das Parlament ins Covid-19-Gesetz überführt. Wenn das Referendum gegen dieses Gesetz erfolgreich ist, werden die Unterstützungsprogramme im September enden. Zwar könnten Bundesrat und Parlament neue gesetzliche Grundlagen schaffen. Doch die Unsicherheit, die bis dahin entstände, wäre Gift für Firmen und Arbeitsplätze.

Die «Freunde der Verfassung», die das Referendum ergriffen haben, kritisieren, das Gesetz verlagere Kompetenzen von Volk und Parlament hin zum Bundesrat. Formell trifft das zu. Doch die Regierung hat bewiesen, dass sie Befugnisse auch wieder abgibt. Auf dem Holzweg sind die Gegner zudem, wenn sie am 13. Juni die Corona-Schutzmassnahmen aufheben wollen. Diese hat der Bundesrat gestützt auf das Epidemiegesetz erlassen.

Die SN empfehlen ein Ja zum Covid-19-Gesetz.



#### Finanzhilfen

Das Gesetz bildet die Grundlage für die wirtschaftlichen Unterstützungsprogramme.



#### Kompetenzen

Der Bundesrat erhält zusätzliche Kompetenzen.